

Pro Juventute
Thurgauerstrasse 39
Postfach, 8050 Zürich
T: 076 312 13 25
politik@projuventute.ch
www.projuventute.ch



Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N)
3003 Bern

Eingereicht per Mail an:
familienfragen@bsv.admin.ch

Zürich, 07. Januar 2026

Stellungnahme von Pro Juventute zur Vernehmlassung über die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 23.406 Jost. Starke Familien durch angepasste Zulagen

Sehr geehrte Damen und Herren

Pro Juventute nimmt folglich zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung.

Pro Juventute setzt sich für die gesunde psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ein. Mit vielfältigen Angeboten unterstützen wir sie gemeinsam mit ihren Eltern direkt und wirkungsvoll auf ihrem Weg zu selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten. Mit der Beratung 147 für Kinder und Jugendliche, sowie unserer Elternberatung unterstützen wir Kinder, Jugendliche und Eltern rund um die Uhr bei Sorgen, Problemen oder psychischen Belastungen – kostenlos und vertraulich.

Grundsätzliche Würdigung

Die Stiftung Pro Juventute begrüsst die vorgeschlagene Erhöhung der Familienzulagen. Sie sind ein zentrales Instrument der Familienpolitik und leisten einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Absicherung von Familien sowie zur Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz.

Die Lebenshaltungskosten für Familien sind in den vergangenen Jahren landesweit stark gestiegen. Insbesondere Ausgaben für Miete, Krankenkassenprämien und externe Kinderbetreuung belasten das Haushaltsbudget vieler Familien erheblich. Vor diesem Hintergrund ist die im Rahmen der parlamentarischen Initiative 23.406 «Starke Familien durch angepasste Zulagen» vorgesehene Erhöhung der Mindestansätze auf 250 Franken für Kinder- und 300 Franken für Ausbildungszulagen zeitgemäss und dringend notwendig.

Bedeutung der Familienzulagen für Familien und Kinder

Mit der Geburt eines Kindes steigen die Haushaltsausgaben dauerhaft, während das Erwerbseinkommen häufig sinkt, da ein Elternteil das Arbeitspensum zugunsten der Kinderbetreuung reduziert. Besonders stark ins Gewicht fallen dabei die Kosten der externen Kinderbetreuung.

Studien, unter anderem der BASS-Schlussbericht 2024¹, zeigen, dass Kinderarmut die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen deutlich einschränkt. Kinder aus einkommensschwachen Haushalten nehmen seltener an ausserschulischen Aktivitäten teil, erhalten weniger Förderangebote und sind häufiger materiellen Einschränkungen im Schulalltag ausgesetzt.

Eine Verbesserung der finanziellen Situation dieser Familien stärkt die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und ermöglicht die Umsetzung zentraler Kinderrechte, insbesondere des Rechts auf soziale Sicherheit und einen angemessenen Lebensstandard (Art. 26 und 27 UN-KRK) sowie des Rechts auf Freizeit, Spiel und kulturelle Teilhabe (Art. 31 UN-KRK).

Familienarmut als strukturelles Problem

Zahlen des BFS zeigen, dass Familien und insbesondere Alleinerziehende überproportional häufig von Armut betroffen sind. Rund 14 Prozent der Alleinerziehenden in der Schweiz leben in Armut. Auch Paare mit drei oder mehr Kindern weisen mit 9,1 Prozent ein erhöhtes Armutsrisiko auf.² Eine Erhöhung der Familienzulagen erhöht das verfügbare Einkommen dieser Familien und leistet einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention.

Die im Jahr 2025 erfolgte einmalige Anpassung der Mindestansätze auf 215 Franken für Kinder und 268 Franken für Jugendliche in Ausbildung wird der Lebensrealität vieler Familien nicht gerecht. Eine stärkere Erhöhung kommt insbesondere Haushalten mit tiefem Einkommen zugute und ist notwendig, um den realen Kostenanstieg für Betreuung, Ernährung, Kleidung und Ausbildung angemessen zu berücksichtigen.

Finanzierung der Familienzulagen

Pro Juventute begrüsst, dass an der bisherigen Finanzierungsregelung festgehalten wird. Ziel der Vorlage ist die Stärkung der Familien und die Verbesserung der finanziellen Situation von Eltern mit Kindern. Eine teilweise Finanzierung durch die Arbeitnehmenden, wie sie in der parlamentarischen Beratung diskutiert wurde, würde dem Ziel der Vorlage jedoch widersprechen. Eltern leisten bereits heute einen erheblichen Beitrag für Gesellschaft und Wirtschaft – sowohl durch Erwerbsarbeit als auch durch unbezahlte Betreuungs- und Erziehungsarbeit. Eine zusätzliche finanzielle Belastung der Arbeitnehmenden würde insbesondere Familien mit tiefem und mittlerem Einkommen treffen und den entlastenden Effekt höherer Familienzulagen schmälern. Entsprechend lehnen wir die Minderheit Sauter unter Art 16 Abs. 2^{bis} ab.

Notwendigkeit regelmässiger Teuerungsanpassungen

Die vorgeschlagene Indexierung der Zulagen an die AHV-Renten und den Landesindex der Konsumentenpreise wird grundsätzlich unterstützt, da sie Familien vor Kaufkraftverlust schützt. Pro Juventute setzt sich für eine regelmässige Anpassung der Zulagen an die Teuerung ein und begrüsst Bestrebungen, die bestehende Regelung diesbezüglich weiterzuentwickeln. Die bisherige Regelung im Familienzulagengesetz, wonach eine Anpassung erst bei einer Teuerung von mindestens 5 Prozent erfolgt, ist aus Sicht der Stiftung ungenügend. Diese Schwelle führt dazu, dass Familien über längere Zeiträume hinweg reale Kaufkraftverluste hinnehmen müssen. Es braucht künftig stattdessen eine regelmässiger und automatische Anpassung der Familienzulagen an die Teuerung, um deren Wirkung langfristig sicherzustellen. Aus diesen Gründen unterstützt Pro Juventute bei Art. 5 Abs. 3 den Minderheitsantrag Marti.

Schlussfolgerung

¹ BASS (2024): Die materielle Situation von Kindern und Jugendlichen in der Sozialhilfe

² BFS (2024): Armut, www.bfs.admin.ch > Statistiken > Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung > Soziale Situation, Wohlbefinden und Armut > Armut und Deprivation > Armut.

Pro Juventute unterstützt die Stossrichtung der Vorlage. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten, der hohen Belastung durch Kinderbetreuung und der nach wie vor hohen Familienarmut erachtet sie die vorgesehene Erhöhung der Familienzulagen als notwendigen Schritt.

Um Familien wirksam zu entlasten, Kinderarmut zu bekämpfen und den verfassungsrechtlichen Auftrag ernsthaft umzusetzen, braucht es in Zukunft weitere Massnahmen zur Unterstützung von Familien sowie eine regelmässige Anpassung der Familienzulagen an die Teuerung.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen und einen Austausch jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Musliu', is centered on the page. The signature is written in a cursive style with a large initial 'L'.

Lulzana Musliu
Leiterin Politik & Medien